

Offizielle Sitzung der Stadtverordneten.

Um- und Neubenennung von Straßen und Plätzen in Niesa.

Wichtigster Bericht

Nach überausdrücklicher Ratsfeier verfaßte das Kollegium gestern abend in der Halle der Oberzollstelle übermorgen zu einer öffentlichen Sitzung, die von 20 Deputaten und 20 Stimmen befürwortet wurde. Es folgten die Herren Adler und Rippberger. Am Nachtheile hatten die Herren Erster Bürgermeister Dr. Scheider und Stadtrat Schumann Platz genommen. Die zu erledigende umfangreiche Tagesordnung ließ schon von vorher bereit daran schließen, daß die Sitzung von längerer Dauer sein würde, um so mehr, als den meisten Beratungsgesetzten eine ganz besondere Bedeutung zugrunde lag. Und so sahen sich denn auch die Beratungen, die 167 Uhr begannen, bis 21 Uhr hinaus. Wohl in Erwartung eines großen Zuspruchs ließen sich zahlreiche Sudeten — Straßen und Plätze — eingetragen, die den Beratungen mit Interesse folgten und zum großen Teile bis zum Schlusse der Sitzung anwesend waren. Die Beratungssitzung, die unter der Leitung des Herrn Stadtvorlesers Günther erledigt wurde, erforderte teilweise eine längere Ausprache. Es wurde angenehm empfunden, daß diese, mit wenigen Ausnahmen, im Rahmen der Sachlichkeit geführt wurde. Zuweilen sah es auch gestern unvermeidlich, daß sich die Sprecher der einzelnen Fraktionen ab und zu „in die Haare fuhren“. Die Auseinandersetzungen blieben aber im Rahmen des Gesprächs. Es wurde rechtzeitig gebremst, wenn es den Anschein hatte, als ob bei gewissen Gehörlochen der Begehrte die Erregbarkeit in unmittelbarer Nähe geriet. Doch zuweilen auch der Humor und die Heiterkeit auf ihre Kosten kamen, soll nicht unerwollt bleiben. Der kommunistische Stadtverordnete Herr Weier mußte sogar einen Ordnungsstraf über sich ergehen lassen, nachdem er die Ausführungen seines sozialdemokratischen Vorgängers als Schwundel beschriebe. Auch im Sudeterraum wurde wiederholt ein und dieselbe Stimme laut, so daß sich der Vorleser veranlaßt sah, die befannungsgebenden, den Sudetern eventuell das weitere Verbleiben im Sitzungssaale versprechen zu müssen.

Ohne heute bezüglich auf die Ausprache einzugehen, seien im folgenden die getroffenen Beschlüsse, die in der Mehrzahl einstimmig erfolgten, bekanntgegeben:

Auspruchung von 700 RM. zur Schwammbefestigung im Nebengebäude des Geschäftshaus Poppiger Platz 1.

Nach Rüttelung des städtischen Bauamtes, daß eine Befestigung vorgenommen hat, ist eine Reparatur in fraglichem Grundstück bringend nötig. An Stelle der jüngsten Besetzung im Wohnhaus soll eine Betondecke eingeschlagen werden, was einen Kostenaufwand von 700 RM. erfordert. Das Kollegium erklärte sich mit den vorausgehenden Reparaturen einverstanden und bewilligte einstimmig die erforderlichen Mittel.

Übernahme der Bürgschaft für die von der Sparkasse zu bewilligenden Kredite für Gas- und Wasserleitungsbautlässe im Stadtteil Werder.

Um allen in Frage kommenden Haushaltern den Handelsfluss der neu gelegten Wasserleitung zu ermöglichen, hat der Sparkassenrausch beschlossen, vorauszulegen, den Haushaltern, denen augenblicklich für den Haushaltshilfe Mittel nicht zur Verfügung stehen, Darlehen von der Sparkasse unter der Bedingung zu gewähren, daß die Stadt die Bürgschaft der Rückzahlung übernimmt. Die Gelder, die spätestens in 5 Jahren rückzahlbar sind, sollen zu 7 Prozent ausgeliehen werden. Bis jetzt haben sich 67 Haushalter gemeldet, die von dem Vorlehn Gebrauch machen würden. Der Rat ist dem Vorschlag des Sparkassenrauschs beigetreten. Das Kollegium erzielte einstimmig seine Zustimmung.

Richtigstellung der Rechnungen der Stadtsparkasse mit Zweckstelle Gröba, sowie der Stadtbank nebst Zweckstelle Gröba auf das Jahr 1928.

Nach dem Bericht des Verbandsdirektors haben die erfolgten Revisionen der obengenannten Räume nur zu einigen ganz unverstehlichen Erinnerungen Veranlassung gegeben. Das Rechnungswerk der Stadtsparkasse mit Zweckstelle Gröba weist einen Steingewinn von 21 285,05 RM. auf, der unter Verlust einem neu zu bildenden Sicherheitsfonds auszufließen ist. Der Steingewinn der Stadtbank nebst Zweckstelle Gröba beträgt 12 998,70 RM. Das Kollegium nahm von den vorgebrachten Revisionsergebnissen Kenntnis und sprach einstimmig die Rechnungen für richtig.

Übereinigung der Vereinbarung mit der Bezirksgruppe Leipzig-Land des Landesverbandes Sächsischer Jägerverein.

Es handelt sich hier um die Regelung der zahnrätslichen Behandlung für in städtischer Fürsorge lebende Personen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß mit der vom Rat zu berücksichtigten Ausgabe abzufinden.

Die Zahl der städtischen Arbeiter der Stadt Niesa betr.

Herr Stadtr. Bleiter hatte bekanntlich in einer früheren Sitzung die Frage angelößt, worum drei bei der Stadt schon länger beschäftigt gewesenen Arbeitern gefündigt worden sei. Es war damals beschlossen worden, diese Frage von dem zuständigen Ausschuß prüfen zu lassen; gleichzeitig wurde der Rat erachtet, dem Kollegium mitzuteilen, ob die Zahl der ständig bei der Stadt beschäftigten Arbeiter für die zu leistenden Arbeiten als angemessen zu bezeichnen ist. Die drei gefündigt gewesenen Arbeiter sind inzwischen nach kurzer Zeit an anderer Arbeit wieder eingestellt worden. Die Angelegenheit bildete auch gestern wieder den Gegenstand lebhaftester Diskussionen, die mit dem Ergebnis endeten, daß ein von der SPD-Fraktion eingebrachter Antrag, den Grundstücks- und Bauausschuss nochmals mit der eingehenden Prüfung zu beauftragen, gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion angenommen wurde. In der Ausstraße, in welcher Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider auftrat, zu der Angelegenheit aufgesprochen hatte, wurden von kommunistischen Seite scharfe Einwendungen gegen die Art der Arbeitereinstellungen und -entlassungen vorgebracht, während auch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion bringend eine Aenderung des jetzt bestehenden Systems anempfohlen. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, außer den zwei als ständige städtische Arbeiter neu geführten auf Vorschlag des Betriebsrates noch zwei weitere aufzunehmen, wurde unter Hinweis auf den beschlossenen Vertragsangeboten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Stichstelle des Flurstücks 61a im Stadtteil Gröba für Spielwiese.

Es handelt sich hier um das früher dem Fischwerke-Gefert gehörige, am Steigerturm gelegene, 8000 Quadratmeter große Flurstück, das zur Errichtung eines Kindergarten benötigt wird. Nach Besicherung entgang-

en eine längere Diskussion. Es wurde darauf hingewiesen, daß infolge des immer stärker werdenden Straßenerbaus die Errichtung von Kinderhäusern sowohl im Stadtteil Gröba, als auch in den Stadtteilen Werder und Weida eine dringende Notwendigkeit seien. Einzelheiten mit dem Straßenvorstand der Anwesenden Gröba Verhandlungen angekündigt werden, der an der Hamburger Straße gelagerten alten Friedhof aufzutreten, um diesen als Spielplatz herzurichten zu können. Der Straßenvorstand habe jedoch mit Mühe auf die dort noch vorhandenen Grabstellen, die von den Angehörigen noch unterhalten würden, verzichtet. Das Projekt sei insgesamt fallen gelassen worden. Durch die Zustimmung des Kollegiums sollte zunächst die Möglichkeiten gegeben werden, die Hauptverantwortung aufzuladen. Alles andere unterliege der Prüfung. Nach beendeter Ausprache wurde einstimmig grundsätzlich beschlossen, das erwünschte Spielplatz für einen zu errichtenden Spielplatz freizugeben. Ebenfalls Einnahme fand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, hinsichtlich, daß und wann möglich möglichst erneut auf Mittel zu wenden, um die Kosten aufzubringen zu machen. Die Sprecherin fügte, diese zu Spielplätzen in den Stadtteilen Gröba, Werder und Weida heranzutragen. Des weiteren wurde beschlossen, den Rat zu bitten, die zuständigen Haushaltsspitzen anzuweisen, mit Rücksicht auf die abzuhaltenden unglücklichen Verhältnisse Kindern gegenüber nicht mit alter Schärfe vorzugehen.

Übernahme weiterer verschiedener bewilligter Arbeiten im Südosten betr.

Mit dringend vorzunehmende Reparaturen und Neuerstellungen im Schulgebäude, das bekanntlich der Stadt gehört und welches vom 1. Oktober d. J. ab einem neuen Pädagog übertragen worden ist, sind bereits früher 7780 RM. bewilligt worden. Bei einer eingehenden Besichtigung durch den Grundstücksunterausschuß hat sich herausgestellt, daß in dem Grundstück noch eine ganze Reihe Mängel abzustellen sind, deren Beseitigung mit einem Kostenaufwand von 11 420 RM. veranschlagt sind. Der Grundstücks- und Bauausschuss hat sich — wenn auch schweren Herzens — entschlossen, vorzuschlagen, auch die in Frage stehenden Reparaturen auszuführen zu lassen. Die erforderlichen Mittel sollen in den nächstmöglichen Haushaltsposten eingekalkt werden.

Die bürgerliche Fraktion erklärte, daß sie dem Projekt zustimmen werde, jedoch nur unter der Bedingung, daß die benötigte Summe durch Aufzonen etwas anderem den diesjährigen Haushaltspostenmitteln entnommen werde, evtl. solle die Vorlage nochmals an den Finanzausschuß zurückverwiesen werden. — Die SPD-Fraktion bemerkte, sie mache die Bewilligung von der Aktion der folgenden drei Fragen abhängig: 1. Ob die Stadt Niesa auf Grund der eingegangenen Verträge verpflichtet, auch den Schießstand zu erhalten? 2. Hat die Schießgesellschaft Interesse, daß bei einer evtl. Verlegung des Schießstandes der Restaurationsbetrieb des Schützenhauses noch aufrecht erhalten wird? 3. Ist der Rat bereit, den Schießstand auch den republikanischen Verbänden zu Schützenfesten zur Verfügung zu stellen? Für den Fall, daß die vorgesehenen Reparaturen zum Nutzen der Stadt und der gesamten Einwohnerchaft erfolgen, werde die SPD-Fraktion der Bewilligung der Mittel zustimmen. — Die kommunistische Fraktion vertrat den Standpunkt, daß Schützenhaus für Arbeitserwohnungen auszubauen; sie werde die für die vorliegenden Reparaturen benötigten Mittel ablehnen. — Es wurde schließlich beschlossen, daß gesamte Material den zuständigen Ausschüssen zu übergeben.

Regung elektrischer Befestigung in die Wohngebäude der ehemaligen Siegelmühle.

Der Maßvorschlag, die elektrische Befestigung in die obenbezeichneten Wohngebäude einzulegen, wurde einstimmig begeistert und die Kosten in Höhe von 8800 RM. bewilligt. Die von der Ratsfeier zuvor aufgestellte Bedingung, auch diesen Beitrag durch Aufzonen eines anderen Postens zu gewinnen, soll gepräst und evtl. berücksichtigt werden. Die bürgerliche Fraktion hatte erklärt, daß sie grundsätzlich gegen weitere Vermehrung von Mitteln aus dem nächstmöglichen Haushaltsposten sei. — Die kommunistische Fraktion beantragte hierbei erneut, auch in den drei städtischen Wohngebäuden an der Elbestraße elektrisches Licht einzulegen zu lassen. Auf Vorschlag des Herrn Stadtvorlesers Günther wurde nach zeitweise heftiger Debatte gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion beschlossen, die Wohnungen durch Beauftragte des Wohnungs- und Bauausschusses befestigen und gegebenenfalls die elektrische Befestigung — ohne vorher das Kollegium zu hören — einzulegen zu lassen.

Von dem

Bericht über die Revision einiger verbliebener bürgerlicher Räume

wurde nach erfolgter Rüttelung, daß die Räume in Ordnung vorgefunden worden seien, Kenntnis genommen.

Belegung der Schachthofdirektorenstelle

Um die freigewordene Stelle des Schachthofdirektors haben sich 51 Bewerber gemeldet, von denen zunächst 12 Wahlen ausgeschlossen wurden. Von den zur engeren Wahl gezogenen 4 Bewerbern haben 2 ihre Bewerbung zurückgezogen. Der Rat ist auf die Wahl des Herrn Oberförster Dr. Lösch, Siegen, angekommen. Die vom Rat erfolgte Wahl wurde vom Kollegium — gegen die Stimmen der 8 Kommunisten — bestätigt.

Entscheidung über die Verliegung der Stadt Niesa mit Wasser und den zivilen Werken nebst Ausführungsbemerkungen.

Das Entschied, das im Untergesetz vorliegt, ist aufgestellt worden, um infolge der erfolgten Eingemeindung einheitliche Regelung in den einzelnen Stadtteilen zu treffen. Das Entschied wurde einstimmig genehmigt, nachdem zuvor Abstimmung über Paragrafen 5 Absatz 2 des Wasserfußabfusses — den die kommunistische Fraktion völlig zu streichen beantragte, in folgender Formung, gegen die kommunistischen Stimmen, angenommen worden war: „Weiter kann 550000 Liter/Sek. abgezogen werden, die auch die Wohnung unbefriedet lassen, der Wasseraufschluß auf Beschluss des Betriebsausschusses gesperrt werden, wenn auch die Mieter des Betriebsausschusses trotz ihrer erlangten Rücksicht auf die Befriedigung die Bezahlung des Wassergeldes verweigern.“ Für Bezahlung der Wasserleitung ist als Gebühr mindestens der Zehntas für eine Schlosserstunde zu entrichten. Anträge auf Entlastigung wegen Überflutung des Wasserguts können weder der Grundstücksbesitzer noch dessen Mieter erheben. Die Wiederinbetriebnahme eines gesperrten Wasserschlusses kann von der Leitung einer Sicherheit abhängig gemacht werden, die die Kosten der Sperrung und Wiederinbetriebnahme sowie des Wassergeldes nicht mehr als einen Monat umfasst.

Um- und Neubenennung von Straßen im Niesa.

Das Kollegium nahm von einer Mitteilung des Rates, die Um- und Neubenennung verschiedener Straßen und Plätze betraf, Kenntnis.

Es wurden folgende Benennungen beschlossen:

Stadtteil Gröba:

Albertplatz: Rathausplatz

Weinstraße: Hauptstraße (durch Nummernierung der Hausnummern der heutigen Hauptstraße)

Wilhelmstraße: Breite Straße

Karlstraße: Freiheitstraße

Stadtteil Werder:

Gottlobstraße: Werder

Die an der Döhlitz entlang führende Straße erhält die Bezeichnung:

Stadtteil Weida:

Georgstraße: Weidstraße

Wittelsbachstraße: Weidstraße

Wittelsbachstraße: Weidstraße

Herr Stadtr. Völker (Aufw.) vertrat den bislang noch angängig ist, den bisherigen Georgplatz (Stadtteil Gröba) einstige an Stelle der beschlossenen Bezeichnung „Albertplatz“ die „Friedrich-Overi-Platz“ zu benennen. Eine weitere Anregung ging dahin, dem Rat anheimzugeben, bei künftigen Straßenbenennungen Namen von Männern, die sich um die Kulturbewegung der Stadt Niesa besonders verdient haben, zu verhelfen. Redner erinnerte hierbei u. a. an den ersten Vater unserer Oberrealschule Herrn Professor Dr. Goebel.

Die kommunistische Fraktion konnte sich mit den beschlossenen Umbenennungen nicht befinden; sie wollte lediglich Namen von Führern der Arbeiterschaft berücksichtigen und schlug vor, den Albertplatz Karl Marx-Platz, den Georgplatz Liebknecht-Platz, den Schwarzen-Platz Roten Platz und die Wittelsbachstraße August Bebel-Straße zu benennen.

Herr Stadtr. Völker (Aufw.) vertrat den Standpunkt, daß es überhaupt nicht nötig gewesen wäre, die Straßen umbenennen. Man hätte die dafür aufzuwendenden Kostenbeiträge lieber der Fürsorge übermitteln sollen.

Anträge der SPD-Fraktion.

Zum Reichsschulgelehrtenwurf wurde von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag eingereicht:

Das Stadt-Kollegium zu Niesa erhebt gegen den neuen Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 und 149 der Reichsverfassung schriftlichen Einпрuch. Der Entwurf verfehlt Willen und Geist der Reichsverfassung zum Teil unverhüllt, zum Teil verschleiert, in das Gegenteil. Die in der Verfassung als Regelprinzip aufgestellte Gemeinschaftsschule wird zur Antragschule herabgezogen. Die Schulhöheit des Staates wird zerstört und die Volksschule den Bekennissen und Weltanschauungen aufgeopfert, die allgemeine Volksschule der Verfassung in Splitter zerfallen. Staat und Gemeinden werden neue, große geldliche Verpflichtungen aufzuschürfen, die nicht der Förderung der allgemeinen Volksbildung, sondern Kirchlichen und weltanschaulichen Zwecken dienen würden. Der Entwurf gefährdet die Bildungsfähigkeit des heranwachsenden Geschlechts und verbaut jeden Schulsozialismus und jede Schulentwicklung. Er drückt die Gliederung der Volksschule bis auf das Einzelklassesystem hinab. Er vereinigt den Schulkampf und trägt ihn in die schillernen Schulverwaltungen und in die Familien hinein. Statt des in der Verfassung aufgestellten Erziehungsauftrages des Staates: städtische Bildung, sozialbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkes und der Volksverehrung wird dieser Entwurf, sobald er Gesetzeskraft erlangt, ganz anderes bewirken: Steigung der Unzulänglichkeit, Verbrauch des Gemeinsinns, anstrengende verschärfte Volksverfürstung, Verkümmерung der persönlichen und beruflichen Bildung. Dieser Entwurf darf daher nicht Gesetz werden. Die Stadtverordneten zu Niesa erwarten, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Staates und des Landes den Entwurf zu Fall bringen. Vorliegende Entschließung ist dem Reichstag und dem Sächsischen Gemeinderat zu übermitteln.“

Zur Frage der Verarbeitung des Reichsschulgelehrtenwurfs war gleichzeitig auch ein Prothesenbrief der Ortsgruppe Niesa des Verbandes für Freidenker und Feuerbestattung, E. V. Berlin, eingegangen. Nach eingehender Gründung des sozialdemokratischen Antrages, model Herr Stadtr. Völker eine evtl. Annahme des Entwurfs als eine hohe Belastung gerade der Stadt Niesa — hauptsächlich Schulgebäude — bezeichnet, und noch erlediger Ausprache, an der sich vornehmlich die Sprecher der beiden linken Fraktionen beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, das gesamte Material dem Schulbehörden vorzulegen, der zunächst aufzuhaltende Stelle, als Unterlagen seiner demnächst erfolgenden Beratungen, die ebenfalls öffentlich sind, zu überweisen.

Die bürgerliche Fraktion erklärte, daß sie den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen werden; sie könne sich aber mit der Regelung in vorerwähntem Sinne einverstanden erklären.

Ein 2. Antrag betrifft die

Herstellung einer Planfläche für Süder.

Dieser, sowie auch der 3. Antrag:

Der Volksschule Niesa ist eine lösende Beihilfe von 300 RM. zu bewilligen

fanden einstimmige Annahme.

Ein 4. Antrag der kommunistischen Fraktion.

Wegfall der Mieterbühnen in den südlichen

Grundstücken betr.

wurde, nachdem auf die eventl. entstehenden ungünstigen Radwirkungen eingehend hingewiesen worden war, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Herrn Stadtr. Berger und Herrn Bleiter enthielten sich als Vaboter von Wohnungen in südlichen Gebäuden der Abstimmung.

Aufgabe der SPD-Fraktion: Raus der Rat Auskunft erzielen, wie es die Erfahrung der Sparstiftungen in Niesa gesehen wird, insbesondere ob es möglich ist, über die verabschiedeten Mieterbühnen hinausgehen.

Nachdem Herr Stadtr. Horz die Anfrage begründet und auf die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen und bewußt hatte, daß mit der Anfrage gleichzeitig die Auskunft gegeben werden sollte, zu versuchen, aber die bisher erfolglose Aufmerksamkeit der Sparstiftungen wenigstens Mieterbühnen gegenüber hinausgehen, teilte Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider mit, daß der Rat eine genone Aufmerksamkeit auf diesen nicht in der Rats-